

durch Möglichkeiten des Eindringens bzw. einer gedeckten Annäherung an die Untersuchungshaftanstalten zu erkunden.

Das bisher dargelegte zeigt auf, daß in jedem Verantwortungsbereich der Abteilung XIV die aktuelle Lage ständig neu einzuschätzen ist. Diese Lageeinschätzung ist aus den Dokumenten von Partei und Regierung, aus den Vorgaben des Genossen Minister, des Leiters der Bezirksverwaltung und aus den Erkenntnissen im eigenen Verantwortungsbereich vorzunehmen. Die Erkenntnisse, die aus der Analyse gewonnen wurden, sind sofort umzusetzen und erforderlichenfalls politisch-operative Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Die vorbeugende politisch-operative Arbeit in den Abteilungen XIV ist eng mit den Abteilungen IX zu koordinieren und auf die Bewältigung der Erkenntnisse aus der Lageeinschätzung auszurichten.

2. Zur Bedeutung der Rechtsstellung inhaftierter Ausländer aus dem nichtsozialistischen Ausland und zu einigen Problemen und Besonderheiten bei der Absicherung in den UHA des Ministeriums für Staatssicherheit

In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der internationalen Staatenpraxis sind Ausländer beim Aufenthalt in der DDR grundsätzlich der Rechtshoheit der DDR unterworfen. In Ausübung ihrer staatlichen Souveränität bestimmt die DDR durch Gesetze und andere Rechtsvorschriften verbindlich alle Fragen, die mit dem Aufenthalt von Ausländern im Zusammenhang stehen.

Die wichtigsten zur Zeit geltenden Rechtsvorschriften für Ausländer sind:

- das Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der DDR - Ausländergesetz - vom 28. Juni 1979,